



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



3/2013

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



8. März – Frauentag 2013

»Freiheit haben ist nur das, was wir notwendig brauchen,
um das sein zu können, was wir eigentlich sein sollten,
und zu haben, was wir eigentlich haben sollten.«

Rahel Varnhagen (1771 – 1833)
Deutsche Schriftstellerin

Liebe Leserinnen,

herzliche Glückwünsche zum Frauentag.
Gemeinsam für Gleichberechtigung und soziale Gerechtigkeit.
In diesem Sinne wollen wir diesen Tag begehen.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende DIE LINKE
Forst

Ingo Paeschke
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE
in der SVV Forst

Das bisschen Haushalt macht sich von allein



So oder ähnlich wird mit dem Haushaltsentwurf 2013 in den Beratungen der Stadtverordnetenversammlung umgegangen.

Seit der Einführung der doppelten Haushaltsführung ist es eigentlich unmöglich, das Dokument ohne lange Erklärungen der Verwaltung zu verstehen. Die durch den Finanzvorstand ausgewählte Buchführung ist formal rechtskonform, aber völlig unübersichtlich. Wenn man die Kosten einer Schule oder einer Kita ermitteln will, muss man sich durch mehrere Seiten durchwühlen und fleißig addieren oder subtrahieren. Der Aufwand ist so groß, dass Fraktionen von CDU und FDP gleich auf jede inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Haushalt verzichten. Dazu kommt, dass in den Ausschüssen Fragen nicht vollständig beantwortet werden oder Kostenaufstellungen z. B. für den Umbau des AOK-Gebäudes zur Bibliothek nicht vorgelegt werden können. Andererseits behauptet die Verwaltungsspitze, dass Änderungsanträge die Haushaltsgenehmigung durch die Kommunalaufsicht gefährden würden. Wer als Abgeordneter also nichts tut, ist wenigstens im Rathaus beliebt.

Wir haben uns trotz dieser Probleme im Kollektiv der Fraktion gemeinsam mit den sachkundigen Bürgern durch das Dokument gearbeitet. Mit drei eher bescheidenen Änderungsanträgen wollen wir wenigstens einige wichtige Sachverhalte verändern.

Das leidige Problem der Instandhaltung unserer touristischen Radwege hat im Haushaltsentwurf nicht mal eine Position. Die Instandhaltung gehört aber zu den pflichtigen Aufgaben der Gemeinde, deshalb haben wir beantragt, wenigstens 50.000 € dafür bereitzustellen. Ob dieser Antrag in der Sitzung der SVV Mitte März eine Mehrheit findet, ist völlig offen.

➤ S. 2

Wer sich nicht wehrt, kommt an den Herd!

– Gedanken zum Frauentag –



Weltweit wird am 8. März der Internationale Frauentag begangen. Entstanden ist dieser Tag in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg aus dem Kampf der Frauen

um Gleichberechtigung und um das Frauenwahlrecht.

Clara Zetkin schlug damals der Internationalen sozialistischen Frauenkonferenz am 27. August 1910 vor, einen Frauentag zu begehen. Das Datum 8. März wurde erst viel später benannt.

Auch wenn in der heutigen Zeit die Feiern zum Frauentag oft belächelt werden, hat dieser Tag seine Bedeutung nicht verloren. Er ist verbunden mit dem Ringen um soziale und politische Gerechtigkeit. Und wer denkt, dass wir diese heute nicht mehr brauchen, der irrt.

Noch immer werden Frauen benachteiligt und zwar auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

Frauen sind nun mal anders als Männer, die Natur hat es aus ganz bestimmten Gründen so eingerichtet. Und das ist auch gut so.

Zum 01.08.2013 wird nun das Betreuungsgeld eingeführt. So will es die Bundesregierung, allen voran die christlichen Parteien. Die Begründung: Frauen hätten mit diesem Betreuungsgeld die Möglichkeit, selbst zu wählen, wie sie ihre Kinder betreut haben möchten.

Natürlich funktioniert diese Wahl nur, wenn vor Ort auch ein Kindergartenplatz zur Verfügung steht. Aber gerade in den Altbundesländern ist das nur selten der Fall.

Es hat fast den Anschein, als ob dieses Betreuungsgeld eingeführt wurde, um den Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz zu unterhöheln.

Und noch etwas, eine Kinderbetreuung in einer Kindertagesstätte kann dem Kind in seiner Entwicklung helfen, besonders was das Sozialverhalten betrifft. Mütter und Väter müssten dann nur noch Betreuungszeit auswählen, um Zeit für ein gemeinsames Familienleben planen zu können.

Nicht zuletzt brauchen wir also auch weiterhin unseren Frauentag, um eine sinnvolle Familienpolitik einfordern und durchsetzen zu können.

Anke Schwarzenberg
Ortsvorsitzende

Schorschels Stadtgeflüster

»Pferd oder nicht Pferd, das ist hier die Frage!« – Hamlet? – ne, Kotelett (im Supermarkt)! Die Frage bewegt uns so sehr, dass sogar der PSV Forst endlich wieder zu seinen Wurzeln zurückkehrt. Hoffentlich nicht nur, weil ihm die Pferde abhandengekommen und diese nun unterwegs sind zu Aldi, Lidl & Co.?! Drücken wir dem neuen Vorstand die Daumen, dass es gelingt, neben vielen Radsportveranstaltungen auch ein interessantes Reit- und Springturnier zu organisieren, und wenden uns nun mit einem fröhlichen Hallöchen unserer lieben Stadtverwaltung zu, die mit zu Herzen gehenden Haushaltsvorschlägen glänzt. Ganz unter uns, es gibt teuflische Pläne (LR vom 20.02.2013)! Da ist von Nachjustierung und moderater Anpassung die Rede – eh, Leute, die woll'n schon wieder an uns're Kohle ran! Juchhei, wir erhöhen die Elternbeiträge für den Kindergarten. Und damit die Kleinen schlank bleiben, erhöhten

wir die Kosten für das Essen gleich mit. Außerdem sorgen wir mit gestiegenen Eintrittspreisen im Schwimmbad für Ruhe im Rosengarten während der Saison – ihr wisst doch, eine Rosenschau und dann fröhliches Kinderlachen und Kindergeschrei, das stört! Ja, Jungs und Mädels, die Personalkosten sind nun mal der größte Brocken, und den haben natürlich die Schwimmbadbesucher und die Kindergartenkinder verursacht. Also drauf auf sie, Strafe muss sein!

Ein Wort noch an die Abgeordneten der blassroten, der schwarzen, der gelben und der farblosen Fraktion in der SVV: Wenn ihr als Volksvertreter auch diesmal nicht das Volk, sondern die Verwaltung vertrittet und deren grandiosen einfalllosen Vorschlägen zustimmt, sind wir sehr stolz auf euch! Kinder und sozial Schwache zu bekämpfen, ist nämlich heldenhaft. Seid also auch weiterhin so mutig und versprecht uns, dass ihr zur nächsten Kommunalwahl nicht wieder antretet. Die Stadtverwaltung wird euch zwar vermissen, aber als Dank für eure naive Nickerei dürftet ihr vierteljährlich kostenlos die Brühlgruft besuchen, natürlich mit Familie. Ich sehe förmlich vor mir, wie euch die Freudentränen in die Augen schießen.

Tschüss, Euer *Schorschel*

Das bisschen ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Die anderen Fraktionen zeigten, ähnlich wie im Kreistag zu diesem Sachverhalt, wenig Handlungsbereitschaft. Für das Schuljahr 2013/14 plant der Finanzvorstand die Erhöhung des Essengeldbeitrags und eine Erhöhung der Kitagebühren. Wir sind der Meinung, dass dies ein völlig falsches Zeichen für eine Stadt ist, in der Kinder händeringend gesucht werden, um den Einwohnerrückgang zu stoppen. Deshalb haben wir beantragt, diese Zielstellungen aus dem Haushaltssicherungskonzept zu streichen. Leider votierten alle andern Fraktionen im Hauptausschuss dagegen. Auch die Sozialdemokraten hatten mal wieder vergessen, wofür ihr Name eigentlich steht. Fi-

nanziell geht es um lächerliche 4.000 € im Jahr 2013 und um 14.000 € ab dem Jahr 2014 und das bei einem Gesamthaushalt von über 35 Millionen Euro. Solange wir noch 15.000 € für die Brühlgruft ausgeben, müssen im Gegenzug natürlich unsere Familien belastet werden. Tote Fürsten sind in Forst wichtiger als Kinder!

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Spruch des Monats

»Den Fortschritt verdanken wir Nörglern. Zufriedene Menschen wünschen keine Veränderung.«

Herbert George Wells

Ungeschminkt

»Jedes Kind hat heut ein Handy, aber die meisten Kinder kommen ohne Frühstück in den Kindergarten bzw. in die Schule. Fragen Sie die Lehrer in der Schule Mitte. Wir leisten doch wahrlich genug für unsere Einrichtungen mit den umfangreichen Baumaßnahmen oder z.B. beim Spielplatz Rosengarten. Jetzt stellt die Linke auch noch den Antrag, den Essenszuschuss der Stadt nicht zu kürzen.«

Liebe Leser,

dies ist eine der Argumentationen der Abgeordneten, welche unsere Änderungsvorschläge zum Haushaltssicherungskonzept ablehnen.

Ich denke, ein Handy ist durchaus wichtig für so manches Kind, das z.B. auf den Transport zur Schule angewiesen ist. Wenn wir schon zeitig erwarten, dass die Eltern die Kinder an einen Computer heranführen, so ist ein Handy wohl der Mindesteinstieg. Was ist das auch für eine Logik dieser besagten Abgeordneten: Nur weil es einzelne Eltern geben soll, die angeblich ihre Kinder bezüglich des Frühstücks vernachlässigen, darf die Gesellschaft hier nicht helfend eingreifen, um dafür zu sorgen, dass alle Kinder täglich ein warmes Mittagessen erhalten.

Es gibt durchaus im Stadthaushalt genügend andere Sparmöglichkeiten als ausgerechnet das Kürzen bei unseren Jüngsten. Das zumindest ist die Meinung der LINKEN, und dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Natürlich hoffen wir hierbei auf die Hilfe der SPD-Abgeordneten und einzelner Vertreter der anderen Parteien, auch wenn es nach der Sitzung im Hauptausschuss nicht danach aussieht.

Horst Beier
Abgeordneter der SVV

Saubere Arbeit

18 Monate hat es gedauert, bis die Technische Universität Berlin herausgefunden hat, dass Herr Jürgen Goldschmidt bei seiner Doktorarbeit nicht betrogen hat, sondern nur »ein paar Fehler« machte, die er nun noch schnell nachträglich korrigieren darf. Zum Glück ist er nur Bürgermeister in der Provinz, da kann man offenbar ein paar Augen zudrücken. Wäre er Minister, hätte das wohl andere Konsequenzen.

So wird man den Bürgermeister im Rathaus wohl sechs Monate lang etwas von seinem anstrengenden Job entlasten müssen, denn in dieser Zeit muss er seine Dissertation in Ordnung bringen. Der Trend geht zur Nacharbeit.

Eigentlich ein gutes Zeichen für Studenten. Wer heute in einer Leistungsüberprüfung eine schlechte Note erhält, kann anschließend mit seinem Professor ja

über eine Nachbearbeitung verhandeln. Hauptsache man verweist auf eine eigene wissenschaftliche Leistung. Für die TU Berlin ist das Ergebnis natürlich auch praktisch. Die Professoren haben bei der Erstbewertung der Arbeit keinen Fehler gemacht, sondern nur ein paar Anführungsstriche übersehen. Damit haben wieder alle Seiten eine saubere Weste und ehrlich gesagt auch für uns als LINKE in Forst ist das ein »gutes« Ergebnis. So können wir das Ereignis nun ohne Rücktrittsfordernungen und öffentliche Debatten zu den Akten legen. Selbst bei einem festgestellten Betrug wäre das in Forst für niemanden ein Grund gewesen, sein politisches Amt zu verlassen, und wir wollten wirklich nicht schon wieder ein Bürgerbegehren starten.

Ingo Paeschke
Dipl.-Ing. (FH)

»BER« können wir auch

Fehlplanungen, Kostenexplosion und ein fehlender Eröffnungstermin gibt es nicht nur in Berlin. Bei uns heißt das allerdings Bibliothek.

Nachdem das ehemalige AOK-Gebäude für 700.000 Euro erworben wurde, sollte die Bibliothek innerhalb von drei Monaten dort einziehen. Großartige Kosten sollten nicht entstehen, wir hatten ja schließlich ein »intaktes« Objekt erworben. Gegen unsere Empfehlung war der Einbau der Bibliothek in der zweiten Etage vorgesehen; dass dies eine neue Brandschutzterrace erfordert hätte, war durch die Verwaltung leider übersehen worden. Nun wird im Erdgeschoss um-

gebaut. Zum Glück kann in unserem »BER« das Licht nicht ständig brennen. Die gesamte Elektroanlage muss nämlich erneuert werden. Mal schauen, was in den nächsten Monaten noch so alles auf uns zukommt. Bis zum Eröffnungstermin sollten die früheren Bibliotheksnutzer schön auf die vor sechs Monaten ausgeliehenen Bücher achten. Man weiß nie, wann diese zurückgerufen werden und bis dahin können die Leser diese Bücher vielleicht in der Litfaßsäule untereinander austauschen.

Ingo Paeschke
Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE
der SVV Forst

Ein Schritt zur demokratischen Normalität

Zur heute von der Bundesregierung vor dem Verwaltungsgericht Köln getroffenen Aussage, dass die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch das Bundesamt für Verfassungsschutz eingestellt worden ist, erklärt der Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Gregor Gysi:

»Die Bundesregierung hat heute vor dem Verwaltungsgericht Köln, an dem die Klage der Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Petra Pau gegen ihre Überwachung durch den Verfassungsschutz verhandelt wurde, erklärt und damit öffentlich bestätigt, dass die Beobachtung der Partei DIE LINKE durch das Bundesamt für Verfassungsschutz im November 2012 nach einem entsprechenden Erlass des Bundesinnenministers eingestellt worden ist. Auch die Überwachung von Petra Pau ist beendet. Das ist ein bedeutender Schritt hin zu demokratischer Normalität. 22 Jahre nach der deutschen Einheit ist damit auch bei der Bundesregierung angekommen, dass der Kalte Krieg vorbei ist und DIE LINKE nicht nur auf dem Boden

des Grundgesetzes steht, sondern dieses verteidigt. Das Bundesverfassungsgericht musste jedenfalls regelmäßig die letzten Bundesregierungen und Koalitionen unter Beteiligung von CDU/CSU, FDP, SPD und Grünen zur verfassungsmäßigen Ordnung rufen und diverse Gesetze als verfassungswidrig kassieren. Es bleibt äußerst kritisch zu vermerken, dass die Überwachung der Partei durch einzelne Landesämter für Verfassungsschutz verbleibt. Dagegen werden wir vorgehen. Scharf zu kritisieren ist auch, dass das Bundesamt für Verfassungsschutz einzelne Zusammenschlüsse der Partei weiterhin überwachen will. Dabei geht es auch um Personen. Dass sich darunter auch Mitglieder des Deutschen Bundestages befinden, ist in jeder Hinsicht indiskutabel. Deshalb setzt DIE LINKE darauf, dass das Bundesverfassungsgericht dieser Schnüffelpraxis, die DIE LINKE und ihre Mitglieder diskreditiert, im Parteienwettbewerb benachteiligt und Interessierte abschreckt, ein für allemal ein Ende setzt.« 21.02.2013

Noch immer aktuell!

Wir sind für eine 75-prozentige Millionärssteuer

In einem Statement vor der Presse hat sich die Parteivorsitzende Katja Kipping zu Medienberichten über den Wahlprogrammwurf der LINKEN geäußert. Sie stellte fest:

Heute (1. Februar 2013) haben verschiedene Medien berichtet, unser Wahlprogramm enthalte die Forderung nach einer 100-Prozent-Steuer. Wer im Entwurf unseres Wahlprogramms nach einer 100-Prozent-Steuer sucht, wird nichts finden. Wir schlagen einen 53-prozentigen Spitzensteuersatz wie unter Helmut Kohl vor und für jeden Euro Einkommen über eine Million Euro pro Jahr hinaus eine Reichensteuer von 75 Prozent. Darüber hinaus wollen wir eine Diskussion darüber anstoßen, wie viel Ungleichheit diese Gesellschaft verträgt.

Wir wollen, dass im Wahlkampf über die wachsende soziale Drift in diesem Land geredet wird. Dem dienen auch Sätze wie derjenige, über den heute viele Medien berichten. Wir wollen, dass es in Unternehmen Regelungen für die Begrenzung von Managergehältern gibt. Es ist nicht hinzunehmen, dass in einem Unternehmen die Putzkräfte mit weniger als 1.000 Euro im Monat nach Hause gehen und die Manager mehr als eine Million im Jahr bekommen. Um es am Beispiel eines in Bundeshand befindlichen Unternehmens deutlich zu machen. Wenn der Bahnchef unbedingt ein riesiger Managergehalt braucht, dann muss er dafür sorgen, dass auch die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter einen ordentlichen Lohn für ihre Arbeit erhalten.

Nazis schachmatt gesetzt!

Das Bündnis »Cottbus Nazifrei!« hat in guter Zusammenarbeit mit dem umfassenden Bündnis »Cottbus bekennt Farbe« dafür gesorgt, dass Demokraten von Cottbus am 15. Februar 2013 gut vorbereitet dem geplanten Naziaufmarsch entgegentraten. Und so ist es erstmalig gelungen, die Nazis auf den Straßen von Cottbus schachmatt zu setzen.

Dr. med. Dietrich Loeff, Mitarbeiter im Bündnis »Cottbus Nazifrei!«, fasst das Erfolgsrezept für diesen Sieg gegen Nazis so zusammen:

»Aktionseinheit aller Nazigeegner, viele rechtlich und organisatorisch gut informierte und entschlossene Organisatoren und Demonstranten, eine Polizei, die die Rechte der Demonstranten wahrte, die Anwesenheit von Politprominenz und die allgemeine Stimmungslage, die Blockaden als Protestform immer mehr akzeptiert und begrüßt.

Und viele können sagen: wir sind dabei gewesen.«

Auch Forster! (d. Red.)

V-Leute-Praxis sofort beenden

V-Leute in der Nazi-Szene werden oft üppig honoriert. DIE LINKE wollte mehr dazu wissen. Zur Antwort der Bundesregierung auf eine entsprechende Anfrage erklärt Petra Pau, Mitglied im NSU-Untersuchungsausschuss:

»100.000 Euro und mehr für V-Leute sind keine Seltenheit. Hinzu kommen oft Aufwandsentschädigungen plus Sachleistungen, wie Handys oder Computer. Laut Bundesregierung werden die Honorare von Amts wegen zu 10 Prozent versteuert. Verrechnungen, etwa bei Hartz-IV-Empfängern, finden offenbar nicht statt. Alle Zuwendungen obliegen strenger Geheimhaltung. Dementsprechend wurden auch große Teile der Antwort auf eine entsprechende Anfrage der Fraktion DIE LINKE als geheim eingestuft. Andere blieben aus, weil sie angeblich zu aufwendige Recherchen voraussetzen. Zur Erinnerung: V-Leute sind keine netten Informanten von nebenan, sondern gekaufte Spitzel und bezahlte Täter in der Nazi-Szene. Die meisten Top-V-Leute (aus Sicht der Behörden) haben schwerste Straftaten auf dem Kerbholz. DIE LINKE fordert, die V-Leute-Praxis sofort zu beenden.«

24.02.2013

Newsletter

Besser als Banker ohne Boni sind Banker ohne Spielcasino

»Die EU muss das Spielcasino endlich schließen. Ihre exorbitanten Bonuszahlungen erhalten die Banker nicht für das Verwalten von Sparkonten, sondern für hochriskante und verantwortungslose Spekulationen auf den Finanzmärkten«, kommentiert Sahra Wagenknecht die Einigung zwischen Europäischem Parlament und EU-Mitgliedstaaten zur Begrenzung der Banker-Boni. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Die vom EU-Parlament durchgesetzte Begrenzung der Banker-Boni ist sinnvoll, aber nicht ausreichend. Es wäre naiv davon auszugehen, dass die Finanzmafia bei weiterhin geöffnetem Spielcasino nicht Mittel und Wege findet, ihre erfolgreichen Zocker zu belohnen. Dass die SPD im Zusammenhang mit der versuchten Boni-Begrenzung von einer Revolution spricht, ist nur im sozialdemokratischen Kontext verständlich: Wer wie Gerhard Schröder oder Peer Steinbrück jahrelang die Deregulierung der Finanzmärkte vorangetrieben hat, für den ist eine Begrenzung der Bonuszahlungen revolutionär. DIE LINKE fordert, alle spekulativen Finanzinstrumente komplett zu verbieten. Für die Bankenrettung sollen die Eigentümer und Gläubiger der Banken selbst bezahlen, wobei Kleinsparer geschützt werden müssen. Private Großbanken sind zu vergesellschaften und streng zu regulieren. Die dadurch entstehenden Kosten für die öffentliche Hand sind durch eine europaweite Vermögensabgabe für Millionäre sozial gerecht zu finanzieren.«

28.02.2013

Bundestag bei Mindestlohn unter Zugzwang

»Die Nutznießer eines gesetzlichen Mindestlohnes, den der Bundesrat heute beschlossen hat, brauchen keine weiteren Debatten darüber à la 'wer hat's erfunden', oder ob das Kind etwa 'Lohnuntergrenze' heißen soll. Sie brauchen Sicherheit, für ihre Arbeit einen Lohn zu bekommen, der ein Leben in Würde ermöglicht und von dem sie Armut im Alter vorbeugen können«, erklärt Dietmar Bartsch, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der LINKEN. Bartsch weiter:

»Der Bundesrat hat heute mit der Mehrheit der von SPD und den Grünen regierten Länder für die Einführung eines Mindestlohns in Deutschland gestimmt. Der Bundestag hat die Möglichkeit, noch in dieser Wahlperiode den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn einzuführen. Das Votum der Länderkammer und Umfragen in der Bevölkerung unseres Landes sind ein klarer Handlungsauftrag. Wenn die Abstimmung im Bundestag 'freigegeben' wird, gibt es den Mindestlohn bald.

Mit 8,50 Euro pro Stunde wäre eine gute Grundlage geschaffen, den Mindestlohn Schritt für Schritt auf ein Niveau anzuheben, auf dem ein selbstbestimmtes Leben in Würde und mit der Möglichkeit, Altersarmut vorzubeugen, möglich wird. Nachdem wir 2001 in Diskussionen mit der Gewerkschaft NGG die Diskussion über den Mindestlohn auf den Weg gebracht haben, ist nicht nur viel Wasser die Elbe und den Rhein hinabgeflossen, längst ist der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn mehrheitsfähig in Deutschland. Das Bohren dicker Bretter hat sich gelohnt.«

01.03.2013

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

Di., 12.03.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadfraktion**
 Di., 19.03.: 18.30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
 Mi., 20.03.: 18.30 Uhr **AG »Soziales«**
 Mo., 08.04.: 18.30 Uhr **AG Malxeblatt**
 Di., 16.04.: 18.30 Uhr **Sitzung Stadfraktion**

Nächster Treff »Linksrum«:
 28.03.2013 um 18:30 Uhr in der Geschäftsstelle

Rechtsberatung

am Sonnabend, dem 16.03.13,

ab 14 Uhr in der Geschäftsstelle der LINKEN,
 Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung

telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils
 Mo. 10 – 14 Uhr, Di. u. Do. 9 – 12 u. 14 – 17 Uhr

Mit den Mitteln einer Frau

Kürzlich weihte die Kanzlerin in Berlin eine Ausstellung ein, die an die Machtübernahme Hitlers vor 80 Jahren erinnerte, und mahnte zu Zivilcourage gegen Rassisten. Kurz danach empfing sie Herrn Mursi, für den Juden von Affen und Schweinen abstammen. Sie hat ihn böse angeblickt und ihn anschließend eine Stunde lang allein mit Westerwelle in ein unbeheiztes Büro gesperrt, in dem nur ein Klapstuhl stand. Kann man couragierter sein? **Guido Pauly**

Geburtstag

03.04.: 65 Jahre Marlies Tobela
 11.04.: 68 Jahre Wilfried Krüger

*Herzlichen Glückwunsch,
 unseren Jubilaren, auch all jenen,
 die hier nicht genannt sind!*

Genug ist genug

Angela Merkel hat der Forderung Peer Steinbrücks nach einem zweiten TV-Rededuell vor der Bundestagswahl ein Absage erteilt. Die Kanzlerin sagte, 60 Minuten Sendezeit würden ihr ausreichen, um jedem ganz klar zu machen, bei welchen Punkten sie keine klare Meinung hat. **Björn Brehe**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail:
malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.